Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter

Die Alternative für Deutschland

AfD verändert Deutschland

Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) – Sie verändert Deutschland

Herausgeber:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Sonderausgabe des DEUTSCHLAND-Magazin

1. Auflage August 2018

Alle Rechte bei:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg
Telefon: 040 – 299 44 01 – Telefax: 040 – 299 44 60
www.konservative.de – info@konservative.de

Spenden-Konto:
IBAN: DE 86 2001 0020 0033 3332 05 – BIC: PBNKDEFF

Druck:
SZ-Druck & Verlagsservice GmbH
Urbacher Straße 10 – 53842 Troisdorf

Gestaltung des Umschlags:
Murat Temeltas

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	Was will diese Broschüre?	1
2.	Was die AfD erreichen will. Gründe ihres Entstehens.	10
3.	Was die AfD erreichen kann.	13
4.	Die Verhältnisse von Raum und Zeit, in denen die AfD existiert.	15
5.	Welche Fehlentwicklungen sind möglich?	20
6.	Deutschlands historische Vorbelastungen.	21
7.	Was die AfD erreichen kann. Realistische Erwartungen.	24
8.	Der Autor	27
9.	Literaturverzeichnis	28
10.	Kleine Selbstdarstellung des Herausgebers	29

1. Was will diese Broschüre? Dem Zerrbild der AfD seitens der Medien und der Etablierten entgegenwirken.

„Die Welt ist aus den Fugen!“ Wer kennt nicht diesen Ausruf der Ratlosigkeit und Unsicherheit über die Kompliziertheit unserer gegenwärtigen Lebensverhältnisse! Ist das wirklich so? Gewiß, wir leben in einer widersprüchlichen Zeit. In der westlichen Welt herrscht Wohlstand, aber gleichwohl Unzufriedenheit. Die Zeitgenossen haben viel Wissen, aber wenig Gewißheiten über Sinn, Ziel, Zweck des Lebens. Es gibt viele existenzielle Widersprüche: Individualismus gegen soziale Bindungslosigkeit, Fortschritt gegen Traditionen, Gewaltverbrechen gegen Forderung nach Gewaltlosigkeit, im Meinungskampf Versöhnen statt Spalten. Nichts scheint sicher und beständig zu sein, alles verändert sich in rasantem Tempo. Wir können in diesem Wirbel des Wandels weder die Richtung der Entwicklung erkennen, noch erfolgversprechend handeln. Dazu bedarf es aber wenigstens des Versuches, die Lage zu erkennen – trotz der geschilderten Schwierigkeiten. „Wir können den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen“, lautet ein Spruch, der dem großen griechischen Philosophen Aristoteles zugeschrieben wird. Genau dieses Wagnis unternehmen wir hier. Es geht um den Versuch, das Verborgene aufzuklären. Steuern können wir den Wandlungsprozeß nicht. Aber die wenigen Sicherheiten erfassen und sie benutzen, negative Entwicklungen zu verhindern – das kann möglich sein. Die Gattung, der wir alle angehören, wird als „homo sapiens“, der wissende Mensch, bezeichnet. Mit dem Wissen ist es aber nicht allzu weit her. Deswegen handelt es sich bei unserem Erklärungsvorhaben um einen Versuch, mehr nicht. So viel Bescheidenheit muß sein.

Die neue Partei, die sich „Alternative für Deutschland“ nennt, tritt mit hohem Anspruch auf. Sie will die Triebkraft zu einem besseren politischen System werden. Die gegenwärtige Ordnung Deutschlands wird als widersprüchlich empfunden. Staat und Gesellschaft machen einen ziemlich geordneten Eindruck. Es herrscht ein verbreiteter Wohlstand, der sich gegenüber früheren Jahrzehnten verbessert hat. Eine „Alternative“ scheint hier auf den ersten Eindruck hin nicht nötig. Aber die bestehende Ordnung zeigt Erosionserscheinungen, negative Entwicklun-

gen erscheinen nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich. Ein Beispiel sind die eigensüchtigen Parteiinteressen, die Gemeinschaftsinteressen der Gesamtgesellschaft beeinträchtigen. „Ausgrenzungen“ von Oppositionellen schaffen statt Integration eine feindselige Atmosphäre, die einem geistigen Bürgerkrieg ähnelt. Dies erklärt das widersprüchliche politische Klima, in dem neben materiellem Wohlstand eine geistig-moralische Unzufriedenheit herrscht. Hier kann eine „Alternative“ heilend, die unvermeidbaren Interessengegensätze nicht aufhebend, aber mildernd, wirken. „Versöhnen statt spalten“ – eine in der Bundesrepublik Deutschland von offizieller Seite vorgebrachte Propagandaphrase, die durch die Wirklichkeit widerlegt wird, zu verwirklichen – das wäre eine Alternative. Ob die AfD diese sein kann, wird die Zukunft zeigen.

Es geht hier nicht darum, eine Geschichte der AfD zu schreiben, sondern um ihre Möglichkeiten, um Aufbrüche und Zusammenbrüche, auch selbstverschuldetes Versagen. Ausgangspunkt soll das Parteiensystem Deutschlands sein. Die Parteien haben seit 1949 Verfassungsrang. Das Grundgesetz, Artikel 21, regelt ihre Mitwirkung „bei der politischen Willensbildung des Volkes.“ Ihre Gründung ist frei. Soweit die erhabene Theorie. In der politischen Wirklichkeit hat sich in den 70 Jahren der Geltung dieser Verfassung auch hier ein Wandel vollzogen. Die seit 1949 existierenden Parteien (hier werden nur die Regierungsparteien berücksichtigt) haben sich von „mitwirkenden“ zu alleinbestimmenden Parteien entwickelt. Sie beherrschen das öffentliche Leben, haben auf allen politischen und gesellschaftlichen Gebieten bestimmenden, nicht bloß mitbestimmenden Einfluß. Sie haben sich zu Quasi-Staatsorganen entwickelt – de facto, selbstverständlich nicht de jure. Zu den vom Verfassungsanfang an tätigen Parteien gehören die CDU/CSU, die SPD und die FDP. Untergegangene Parteien mögen hier außer Betracht bleiben. Zeitweilig gab es nur diese dreieinhalb Parteien (Die CDU und CSU sind zwar zwei Parteien, bilden aber im Bundestag **eine** Fraktion, deshalb hier als anderthalb gezählt).

Hier ist ein Wandel eingetreten. Am Ende des vorigen Jahrhunderts kam in das erstarrte Parteiensystem Bewegung: Die Grünen und die linksextreme SED-Fortsetzung PDS, heute „die Linke“, und ab 2012/13 vor allem die „Alternative für Deutschland“ kamen hinzu. Es zeigte sich

eine gesinnungsmäßige Erstarrung der etablierten Parteien, denen eine jahrzehntelange Herrschaft offenbar einen Alleinvertretungsanspruch nahegelegt hatte. Mit allen, zum Teil auch üblen Mitteln, wurden die neuen Parteien als Konkurrenten bekämpft. Das war am Anfang mit den Grünen so, die sich als ökologische Alternative durchsetzten. Nach heftigen inneren Kämpfen zwischen „Realos“ und „Fundis“ (Fundamentalisten, d.h. extremistisch, z. T. maoistisch verbunden) gelang es ihnen trotz publizistischer Gegenmaßnahmen eine Dauerexistenz zu erlangen. Ähnlich geschah es mit der PDS, die anfänglich von allen etablierten Parteien, auch von der SPD, wegen der SED-Vergangenheit abgelehnt wurde. Sie ist mit Billigung der etablierten Parteien in das „demokratische Parteienspektrum“ integriert worden. Heute ist „die Linke“ geschätzter Koalitionspartner in mehreren Landesregierungen. Auf gesamtdeutscher Ebene wurde bis zum desaströsen Ausgang der Bundestagswahl vom 24. September 2017 ein Bundesbündnis Rot-Rot-Grün vorbereitet. Die Bekämpfung der Neuparteien durch die Altparteien richtet sich auch gegen die AfD.

Dieser Partei, ihren Möglichkeiten und Aussichten soll der folgende Versuch einer positiv-kritischen Analyse gewidmet sein. Am Anfang sollte deshalb eine Skizze des Eigenbildes dieser Partei und das Zerrbild, das sich ihre Konkurrenten machen, stehen. Deren Darstellung verdient Kritik nach dem Sprichwort „Was Fritz über Franz sagt, das kennzeichnet mehr Fritz als Franz.“ Was die Konkurrenten aus dem Establishment darbieten, steht im Widerspruch zum Verfassungsgrundsatz (Art. 21 GG) „die Gründung der Parteien ist frei.“ Die Konkurrenten versuchen, diese Freiheit durch Delegitimierung des Konkurrenten zu behindern. Da die Verfassungswidrigkeit (nach Art. 21 GG) nicht behauptet werden kann, weil diese Feststellung nur durch das Bundesverfassungsgericht getroffen werden könnte, werden wenigstens einzelne Mitglieder und Funktionäre denunziert, denen zumeist ehemalige Mitgliedschaft in rechtsextremistischen Organisationen nachgesagt wird. In der Tat besteht die AfD aus verschiedenen Strömungen und zwar keineswegs nur aus rechten, konservativen, sondern auch aus früheren Sozialdemokraten und CDU-Angehörigen. Wie alle Neugründungen, die aus Unzufriedenheit mit dem Bestehenden entstanden sind, gibt es in der AfD mehrere Flügelgruppen. Deren überschäumende Aktivität ruft den Eindruck eines gärenden

Durcheinanders hervor. Dieses Verhalten hat auch die Anfangsphase der Grünen charakterisiert. Dort kämpften Realpolitiker („Realos“) und Fundamentalisten („Fundis“) gegeneinander. Die ersteren setzten sich durch, und die Grünen wurden Teil des Establishment. Bei der AfD kam es zu zahlreichen Abspaltungen. Der Gründungsvorsitzende, Professor Lucke, wurde gestürzt und gründete im Juli 2015 eine nicht bemerkenswerte Abspaltung, die „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (Alfa). Nach gescheitertem „Auf“ blieb es beim „Bruch“: In verschiedenen Landtagsfraktionen: Sachsen, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, NRW kam es zu Austritten, auch in der Bundestagsfraktion. Die Nachfolgerin des Gründungsvorsitzenden Prof. Lucke, Frauke Petry, verließ die Partei. Bemerkenswert ist, daß alle diese Wirbel und die ausgrenzende Propaganda der etablierten Parteien und der Medien keinen Erfolg hatten. Es mag sein, daß einzelne Sympathisanten abgeschreckt wurden – der Werbewirkung der Partei hat die Ausgrenzungspropaganda nicht geschadet. Bei allen Landtagswahlen und der Bundestagswahl am 24. September 2017 hat die AfD sich nicht nur durchgesetzt, sondern in einigen Fällen sogar die Etablierten übertroffen.

Das vorläufige Fazit lautet: Die AfD hat sich trotz innerer Spannungen und ausgrenzender Propaganda erfolgreich durchgesetzt. Zwar hat sie noch keinen Erfolg durch einen „Marsch in die Institutionen“, dennoch ist sie nicht wirkungslos. Sie hat bei den etablierten Parteien die Furcht vor Verlusten bei Wahlen geweckt, sie hat in der Migrationspolitik zu Maßnahmen veranlaßt, welche die Etablierten vermutlich ohne diesen Druck nicht eingeleitet hätten.

Es sollte nicht unerwähnt bleiben, daß es sehr wenige wissenschaftliche Untersuchungen gibt, die sich in gebotener Sachlichkeit mit der AfD befassen. Hier sind vier Veröffentlichungen des „Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung“ (WZB) zu nennen.[1]

[1] Wolfgang Schroeder und drei Mitautoren: Bewegung? Partei? In den Landtagen agiert die AfD uneinheitlich. (S. 14 – 16)
Robert Vehrkamp: Rechtspopulismus in Deutschland. Zur empirischen Verortung der AfD und ihrer Wähler vor der Bundestagswahl 2017 (S. 17 – 20)
Pola Lehmann und Theres Matthieß: Nation und Tradition. Wie die Alternative für Deutschland nach rechts rückt. (S. 21 – 24).
Aiko Wagner: Wettbewerb aus Wählerperspektive. Bürger legen sich weniger fest – mit Ausnahme der AfD-Anhänger (S. 25 – 27).
In: WZB-Mitteilungen, Heft 156, Juni 2017 (Berlin).

2. Was die AfD erreichen will. Gründe ihres Entstehens. Die Zeit-Situation.

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) entstand zur Bundestagswahl 2013. Zunächst schlossen sich einige Intellektuelle, vor allem Wirtschaftswissenschaftler, zur „Wahlalternative 2013“ zusammen, aus der dann die AfD als politische Partei entstand. Vorsitzender war der Wirtschaftswissenschaftler Professor Dr. Bernd Lucke, der bis 2015 diese Funktion behielt. Die innerparteilichen Richtungskämpfe zwischen Liberal- und Nationaloppositionellen führten zu seiner Ablösung durch Frauke Petry. Sie blieb bis zur Bundestagswahl am 24. September 2017 die Parteivorsitzende. Dann wurde sie von Alexander Gauland abgelöst. Er ist ein Vertreter jener Gruppe, deren politische Entwicklung kennzeichnend für die AfD ist: Ehemalige Mitglieder der etablierten Parteien wandten sich von ihren bisherigen Bindungen ab, weil sie sich von denen nicht mehr vertreten, nicht ernstgenommen fühlten. Ein typisches Beispiel: „Man muß die Sorgen der Bürger ernst nehmen!“ So reagieren die Funktionäre des Establishments, also der CDU/CSU und der SPD auf Beschwerden von Staatsbürgern. Sie wollen die Sorgen der Bürger ernstnehmen! Wer die Phrasen von Mündigkeit und Demokratie ernstnimmt, sollte sprachlos sein über diese Mischung von Arroganz und Dummheit. Daß die Sorgen ernstgenommen werden, sollte in einer Demokratie selbstverständlich sein. Wäre das so, müßte es nicht gesagt werden. Wenn es gesagt werden muß, ist´s eben nicht selbstverständlich. Damit beweist die Funktionärsschicht des Establishments eben dies: es handelt sich um eine oligarchische, volksfremde, obrigkeitliche Schicht von Posten-Inhabern. Sie müssen gelegentlich so tun, als seien sie Vertreter der Gesamtheit und nicht ihrer Eigeninteressen. Das Unbehagen über diesen Zustand ist ein wesentlicher Grund für das Entstehen der AfD und ihre Erfolge, die sie trotz ihrer inneren Spannungen erzielte.

Die AfD entstand als Hoffnungsträger derer, die enttäuscht waren über die Leistungsmängel der Etablierten. Das liegt nicht nur an menschlicher Unzulänglichkeit, sondern vor allem an der Kompliziertheit der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse. Alles befindet sich in einem Zustande ständigen Wandels, der laufend neue Orientierungen

verlangt. Der Begriff „Hoffnungsträger“ hat etwas Religiöses, Sinnstiftendes an sich. In früheren Jahrzehnten, gar Jahrhunderten, richtete sich die Hoffnung auf göttliche Erlösung. Dann – in der Zeit der Aufklärung, seit dem 18. Jahrhundert, begann sich das Vertrauen zu wandeln. Das Gottvertrauen wurde allmählich durch ein Vertrauen in die menschliche Fähigkeit, die Lebensverhältnisse durch eigene Kenntnisse zu bessern, abgelöst. Politische Ideologien – der Liberalismus, Sozialismus, Nationalismus entwickelten Pläne zu einer säkularen, also weltlichen Erlösung der Menschheit. Diese Ideologien haben allerdings allesamt in Enttäuschung geendet. Die Ideologien sind nicht völlig verschwunden, haben aber die Bindekraft früherer Zeiten verloren.

An dieser Stelle ist die Darstellung der AfD-Forderungen angebracht. Es geht darum, was diese Partei erreichen **will**, nicht um das Erreichbare oder bereits Erreichte.

Der Bundesparteitag der AfD vom 30.4.-01.5.2016 beschloß ein Grundsatzprogramm mit Aussagen über die erstrebten Ziele. Die AfD charakterisiert sich selbst „Wir sind Liberale und Konservative, freie Bürger, überzeugte Demokraten“. Die Partei will für Recht und Gesetz eintreten, die sie durch Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit und politische Verantwortungslosigkeit gefährdet sieht. Grundlagen sollen sein: Direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft, Subsidiarität, Föderalismus, Familie und Traditionspflege deutscher Kultur. Als erhaltenswert gelten die abendländische christliche Kultur, die (deutsche) Sprache, die Erhaltung eines friedlichen demokratischen Nationalstaates des deutschen Volkes, (Zitate aus der Präambel des Bundesparteiprogramms). Das Programm besteht aus 14 Kapiteln, welche die Alternativvorstellungen in über 60 Einzelformulierungen darstellen. Das 9. Kapitel befaßt sich mit „Einwanderung, Integration und Asyl“, ein Gebiet, das 2015 der AfD öffentliche Aufmerksamkeit, Zustimmung und Erfolge bei Wahlen gebracht hat. Hören wir dazu eine Fremdbetrachtung, die durch Sachlichkeit überzeugt und sich dadurch von der gegnerischen Diffamierungspropaganda unterscheidet: „Die Genugtuung, die fast die Hälfte der Bevölkerung über die Erfolge der AfD empfindet, gründet in einer Entfremdung zwischen den etablierten Parteien und der Bevölkerung, die viel, aber keineswegs nur mit der

Handhabung der Flüchtlingskrise zu tun hat. Im Kern geht es um den Stellenwert und die Interpretation nationaler Interessen. … Die AfD steht vor allem für die Begrenzung der Flüchtlingszahlen und strengere Asylgesetze, auch für die Verteidigung der deutschen Kultur. 40 Prozent der Bevölkerung sehen die AfD als Anwalt der Interessen Deutschlands, 43 Prozent als eine politische Kraft, die für eine Ausweitung der Souveränitätsrechte der europäischen Mitgliedstaaten eintritt. Von den Anhängern der AfD sehen 86 Prozent in ihrer favorisierten Partei einen Verteidiger der deutschen Kultur, 88 Prozent einen Wahrer nationaler Interessen. Daneben spielt das Thema innere Sicherheit und mehr Bürgerbeteiligung für die AfD-Anhänger eine weit überdurchschnittliche Rolle."

Eine „Alternative" ist eine Neugründung, die sich zunächst negativ definiert. Die bestehenden Verhältnisse werden als mangelhaft empfunden und sollen geändert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es einer positiven geistigen Grundlage. Zu diesem Zweck bedienen sich alle Parteien, auch die Etablierten, sozialwissenschaftlicher Bildungs- und Denkorganisationen, die sie „parteinahe Stiftungen" nennen. Es handelt sich allerdings nicht um echte Stiftungen, sondern um staatlich finanzierte Institutionen, die offiziell keine Parteiorganisationen, sondern nur „parteinahe" sind. Für die „Stiftungen" der etablierten Parteien werden in Deutschland jährlich 581 Millionen Euro aufgewendet. Die AfD bemüht sich ebenfalls um eine solche Institution, war jedoch bisher weniger infolge des Neides der Etablierten als durch innere Streitigkeiten an der Gründung gehindert.

Im Jahre 2014 entstand eine „Desiderius Erasmus-Stiftung", Sitz in Lübeck, Vorsitzender Dr. Konrad Adam, der im April 2017 nach inneren Auseinandersetzungen durch Rainer Gross ersetzt wurde. Offenbar als Folge dieser Probleme wurde im September 2017 die „Akademische Erasmus-Stiftung" (Potsdam) gegründet. Anfang 2017 entstand ein „Immanuel-Kant-Verein", der anscheinend wegen des Ausscheidens der Vorsitzenden Frauke Petry aus der AfD nicht mehr existiert. Im November 2017 bemühte sich der AfD-Vorstand um die Gründung einer „Gustav-Stresemann-Stiftung", die betont nationalliberal wirken sollte. Bisher ist es der AfD nicht gelungen, an der Finanzierung aus öffentlichen Mitteln zu partizipieren.

Der Erfolg einer Grundlagen erarbeitenden Stiftung wird für das positive Wirken, für die Stabilisierung der AfD lebenswichtig sein, um in einer Zeit grundlegenden Wandels programmatische Grundlagen und Standortsicherheit zu gewinnen.[2]

3. Was die AfD erreichen kann.

Eine Erörterung dieser Frage bezieht sich auf die Möglichkeiten einer neuen Partei in Deutschland. Das Grundgesetz, Artikel 21 regelt eindeutig: „Ihre Gründung ist frei". Wie steht es mit der Verfassungswirklichkeit? Eine Antwort hat zu einem frühen Zeitpunkt, kurz nach dem Entstehen der AfD, Philipp Plickert in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (30.12.2014, S. 20) gegeben: „Neue Parteien haben es in Deutschland … schwer. Um es ökonomisch zu formulieren: Die ‚Marktzutrittsbarrieren' sind besonders hoch. Zum einen gibt es für den Bundestag und die Länderparlamente die 5-Prozent-Hürde. Zum anderen kämpfen neue Parteien damit, über die Wahrnehmungsschwelle zu gelangen, und haben kaum Geld für Werbung. Die Etablierten bilden in ihrer Abwehrreaktion häufig ein Kartell: Sie versuchen, den Newcomer an den Rand zu drängen. Eine gängige Methode in Deutschland ist es, unliebsame Konkurrenz in die rechte Ecke zu schieben und zu diffamieren. Die Ausgrenzung funktionierte meist effektiv – nur bei Bernd Lucke lief die Diffamierungsstrategie ins Leere". Die angeblich freie Gründung ist also erheblichen Behinderungen ausgesetzt.

Die AfD galt anfangs als „Ein-Themen-Partei", die sich auf die Euro-Kritik beschränkte. Allerdings kam 2015 die Migrationswelle hinzu und außerdem der Eindruck eingeschränkter Freiheitsrechte. Der AfD kam zugute, „daß viele Bürger das Gefühl haben, wesentliche Fragen dürften in Deutschland nicht offen diskutiert werden. ‚Wir haben in Deutschland die Kultur einer verschärften Political Correctness, die es ungeheuer schwierig macht, Themen, die nicht dem Mainstream entsprechen, ergebnisoffen und ohne gleich die Keule einer illegitimen und unmoralischen Haltung zu diskutieren', sagte jüngst der

[2] Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach: Die AfD – Außenseiter mit Rückhalt. In: FAZ 20. 10. 2016.

Kommunikationswissenschaftler Wolfgang Donsbach.“ (Plickert, a.a.O.)

Eine Zusammenfassung der vielfältigen Aussagen über die Chancen der trotz allem erfolgreichen AfD ergibt vier Möglichkeiten für die weitere Entwicklung der Partei:

1. Die im Parteiprogramm genannten Ziele werden erreicht.
2. Die AfD kämpft um Anerkennung durch die Etablierten und erlangt sie mit der Zeit trotz aller verbalen Distanzierungen.
3. Die Partei tritt zwar als Alternative auf, paßt sich aber den etablierten Parteien an. Das Beispiel der Grünen zeigt, daß dies eine realistische Einschätzung der Integrationskraft des deutschen politischen Systems ist.
4. Die AfD geht zugrunde, wie schon viele Neugründungen seit 1949.

Eine ausführliche Begründung dieser Möglichkeiten zeigt die folgende Übersicht:

1. **Voller Erfolg.** Die AfD will die Alternative zur politischen und gesellschaftlichen Struktur der Etablierten sein. Sie löst deren Rolle zu ihren Gunsten ab.
2 **Anpassung**. Die AfD kämpft nicht **gegen** die Etablierten, sie kämpft ums Dabeisein. Sie will anerkannt werden. Dazu erstrebt sie Bündnisse mit den Parteien, die eine Kooperation ausdrücklich abgelehnt haben. Ausgenommen ist die Linkspartei.
3. **Integration.** Die AfD fügt sich nach einer Reihe von Spaltungen in die politisch-gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik ein. Die Assimilationskraft dieser Ordnung ist stark. Auch die Grünen, ursprünglich eine Alternativ-Bewegung, haben sich den etablierten Parteien angepaßt. Derartige Parteien dienen für einige Legislaturperioden als Mehrheitsbeschaffer.
4. **Scheitern.** Die AfD geht genauso zugrunde wie zahlreiche Versuche, eine verfassungskonforme Rechtspartei in Deutschland zu etablieren. Diese Beispiele sind die Deutsche Partei (DP), der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), die Statt-

partei (Hamburg), der Bund Freier Bürger (Brunner-Partei), die Schill-Partei (Hamburg), die Republikaner (REP). Wenn die AfD eine Ressentimentpartei bleibt, die sich lediglich auf die Unzufriedenen, die Protestwähler, stützt, dann fehlt eine programmatische Grundlage. Systemkritische, unzufriedene Wähler würden sich nach einigen Legislaturperioden wieder abwenden.

Welche dieser Möglichkeiten eintreten wird, kann nicht prognostiziert werden. Generell sollten Sozialwissenschaftler mit Prognosen vorsichtig sein. Wichtige Veränderungen – der Aufstieg des Islam Ende des 20. Jahrhunderts, der Zusammenbruch des Sozialismus 1989/91 oder die Vereinigung Deutschlands 1989/90 sind nicht prognostiziert worden. Ein einigermaßen zuverlässiges Prognoseschema lautet: Eine Entwicklung kann denkbar – möglich – wahrscheinlich – sicher sein.

Alle oben angeführten Ergebnisse sind denkbar und möglich. Nr. 1 ist nicht wahrscheinlich, auch Nr. 4 ist es nach gegenwärtigem Erkenntnisstand nicht. So liegt eine gewisse Wahrscheinlichkeit bei Nr. 2 und 3. Sicher ist keines dieser Ergebnisse.

Unverzichtbar für eine wirkungs- und erfolgreiche Existenz der AfD wird eine geistig-konzeptionelle Stabilisierung sein. Hierzu hätte eine parteinahe Stiftung als „Think Tank“ eine entscheidende Bedeutung. Die innerparteilichen Streitigkeiten um eine Stiftungsgründung, die seit Jahren lähmen, erwecken keine positiven Erwartungen.

4. Die Verhältnisse von Raum und Zeit, in denen die AfD existiert, und die ihre Erfolge ermöglichen.

Es wäre ein Fehler, die Entwicklung der AfD isoliert zu betrachten. Ihre Gründung und ihre Erfolge sind weder geographisch auf Deutschland beschränkt, noch rein sachlich, was das Entstehen durch Unsicherheit, Protest, Wandel der Umwelt betrifft. Deshalb gilt es, mit der Erklärung der Entstehungsbedingungen auch die Wahrscheinlichkeit künftiger Entwicklungen zu bestimmen. Dazu ist ein Blick auf die Sozial- und Geistesgeschichte angebracht.

Wir leben in einer Epoche des schnellen Wandels aller Lebensbereiche. Im Mittelalter hatten die Menschen ein geschlossenes religiös bestimmtes Weltbild. Es gab wenig Wissen, aber viel Gewißheit – aus der religiösen Bindung. Heute haben viele Menschen ein umfangreiches Wissen, aber keine Gewißheit über Werte, Moral, Lebenssinn, Daseinszweck.[3]

Es heißt, im 19. Jahrhundert sei der Glaube an die Wissenschaft an die Stelle des religiösen Glaubens getreten. Die Privilegien der damaligen Ständegesellschaft seien mit dem Entstehen der klassengegliederten Industriegesellschaft durch die bürgerliche Leistungsorientierung ersetzt worden. Dies ist eine eurozentrische, auf den christlich geprägten Kulturkreis begrenzte Sicht. Außer acht bleiben andere Kulturräume. Im betrachteten Kulturkreis hat die religiöse Erlösungshoffnung durch den wissenschaftlichen, vor allem den technologischen Fortschritt abgenommen. An die Stelle der Erlösungshoffnung im Jenseits trat die Erlösungserwartung in der säkularen, also der weltlichen Existenz. Der Wissenssoziologe Karl Mannheim (1893-1947) hat in seinem grundlegenden Werk „Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus“ (zuerst Leiden 1935 u. öfter) den Begriff der „Fundamentaldemokratisierung“ geprägt. Dieses Prinzip bezeichnet die Emanzipation des unselbständigen Untertanen hin zum selbstbewußten Staatsbürger, beginnend in der Zeit der Aufklärung. Der Bürger sieht sich nicht mehr als bloß gehorsames Objekt obrigkeitlicher Verwaltung, sondern er gestaltet die Verhältnisse selbstbewußt mit. Der wissenschaftliche und technologische Fortschritt vermittelt das Wissen, wirtschaftlicher Wandel und Industrialisierung die ökonomischen Möglichkeiten, die Lebensverhältnisse mitzugestalten. Die Angelegenheiten erweisen sich für den Staatsbürger als machbar. Die Fundamentaldemokratisierung erweiterte die Selbstbestimmung, und sie steigerte sich von den Anfängen in der frühen Aufklärung bis zum 19.-21. Jahrhundert. Gesundheit, Besserung der sozialen Situation, Schaffung eines subjektiven Freiheits- und Selbständigkeitsraumes – das alles unterlag nicht mehr ausschließlich dem Willen des fürstlichen Gottesgnadentums, sondern unterlag, wenngleich noch nicht vollständig, aber doch weitgehend, der Mach-

3 Der folgende Text ist eine bearbeitete Neufassung aus der Broschüre Hans-Helmuth Knütter: Die Linken. Gebrochen, zerbrochen, zerfallen. Herausg. Die Deutschen Konservativen (Hamburg 2018), Seiten 4, 15 ff.,23ff.

barkeit durch den Menschen. Also: Statt Erlösung in der Transzendenz jetzt Erlösung in einer besseren, gerechteren Sozialordnung. An die Stelle der Transzendenz-Religionen traten die Säkular-Ideologien (Fortschrittlichkeit, Liberalismus, Sozialismus, Kommunismus, Nationalismus, Biologismus, Rassenideologie).

Auch die AfD ist das Produkt einer seltsamen, erklärungsbedürftigen Zeit. Gewiß, jede Epoche hat ihre Eigenart, aber man kann nicht in jedem Zeitalter einen solchen Wirbel verschiedener, auch gegensätzlicher Bestrebungen wahrnehmen. So aber ist dies jetzt, zu Beginn des 21. Jahrhunderts unserer Zeitrechnung. Ein wildes Durcheinander von Neuerungen, schneller auftauchend, als daß die Zeitgenossen sie zur Kenntnis nehmen könnten, bewirkt Orientierungslosigkeit, aber den dringenden Wunsch nach Orientierung. Diesem Bestreben wollen wir zu entsprechen versuchen. Denn es geht darum, den Zeitgenossen durch eine Ortsbestimmung Standpunktsicherheit zu vermitteln und Illusionen entgegenzuwirken. Die Ideologien der Vergangenheit haben ihre Bindekraft, nämlich ihre Fähigkeit, das Denken und das Handeln zu bestimmen, eingebüßt. Diese Ideen, säkulare Erlösungslehren, der Liberalismus, Konservativismus, Nationalismus, Sozialismus, Kommunismus, haben ihre Bedeutung verloren, weil ihre Versprechungen und ihre Prognosen enttäuschten.

Aus diesem Versagen der bisherigen säkularen Erlösungs-Ideologien erklärt sich die Entstehung von Alternativbewegungen, die durch eine Renaissance von Traditionen eine Ortsbestimmung der Gegenwart ermöglichen wollen.

Alles hat seine Zeit. Die Wirkung einer Idee ist an Raum und Zeit und die jeweils dort bestehenden Verhältnisse gebunden. Eine Vielfalt, sogar Gegensätze gibt es stets. Diese Gegensätze üben auf die Zeitgenossen einen Reiz des Unbehagens aus, der als Änderungswunsch in die Realität tritt und das Bewußtsein, den „Zeitgeist“ bildet. Ob dieser Reiz erfolgreich wirkt oder wirkungslos und kaum bemerkt verpufft, ergibt sich aus der Massenmobilisierungsfähigkeit des Reizes. Wenn der Änderungswunsch eine mitreißende, Massen in Bewegung setzende, also aktionistische Wirkung hat, dann kommt es zu Änderungen konstrukti-

ver (Reform) oder destruktiver Art (Revolution, Umsturz, Krieg, Bürgerkrieg).

Progressive linke Ideen haben Jahrzehnte, ja, zwei Jahrhunderte lang eine solche massenwirksame mitreißende Kraft gehabt. Gewiß, grundsätzliche Wandlungen im Sinne einer auf Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit und allgemeine Wohlfahrt gerichtete Erlösungshoffnung sind nie eingetroffen. Trotzdem aber waren die progressiven Ideen nicht wirkungslos. Eine Reihe sozialer Verbesserungen, Lebenserleichterungen durch technischen Fortschritt wurden erreicht, aber eben auch Kriege, Bürgerkriege, Konflikte, soziale Unruhen und blutige Kämpfe anstelle erwarteter Glückseligkeit. Die große Zeit der progressiven Linken endete infolge der Enttäuschung bisheriger Anhänger.

Es ist ein Kennzeichen des gegenwärtigen Zeitgeistes, daß nicht nur die linke, sondern **alle** Ideologien an Überzeugungs- und Bindekraft verloren haben. Der Grund für den Verlust des optimistischen Zukunftsbildes („Hell aus dem dunklen Vergangenen leuchtet die Zukunft hervor“) liegt an den sozialpsychologischen Folgen des technologischen Wandels: Automation, Digitalisierung, Globalisierung, Computer, Roboter, künstliche Intelligenz, Informationstechnologie. Die Arbeitswelt verändert die Berufe, Maschinen ersetzen Menschen. Die Propagandisten dieser Entwicklung prognostizieren zwar Positives, nämlich die weitere Erlösung der Menschheit von Zwängen und Unzulänglichkeiten, aber der großen Mehrheit dürfte der Wandel wegen seines rasanten Tempos, der Undurchschaubarkeit und wegen der Traditionsbrüche Unbehagen, Zukunftsangst und den Wunsch nach einem Tritt auf die Bremse auslösen. An diesem Punkt setzt der Wandel vom traditionellen zum modernen Konservativismus ein. Nach 1789, als Gegner der Neuerungen und Verteidiger überlieferter Ordnungen begonnen, haben die Konservativen zunehmend eine positive Haltung zu Technik und Industrie entwickelt. Heute gibt es – scheinbar paradox – fortschrittliche Konservative. Das heißt Akzeptanz der Moderne, Bejahung des technologischen Wandels, aber Bewahrung von vertrauten Werten der Kultur, Kunst, Literatur, Medien, der Politik, Sprache und Zeitgeschichte. Diese vermitteln Sicherheit der Standpunkte, kulturelle Orientierung, Haltungs-, Verhaltens- und Bewertungssicherheit. Kon-

servativismus und positive Fortschrittlichkeit sind heute keine Gegensätze mehr.

Es entsteht eine konservative Moderne, ein zeitgemäßer Konservativismus, der eine fortschrittliche Entwicklung mit der Wahrung daseinsorientierender Traditionen verbindet. Zu den nach Lösung drängenden Problemen gehören

- Die Erosion der ehemals verläßlichen Staatsgewalt bei gleichzeitiger Zunahme privater, krimineller Gewalt. Bindungslosigkeit, Vertrauensverlust, Autoritätsverlust sind deren Kennzeichen.
- Extremismus
- Islamismus
- Das Versagen ökonomischer Effizienz, Aufbrauchen der Erdressourcen (Bodenschätze), was zum Ende des Wohlstandes und der sozialen Sicherheit führen kann.
- Kriege und Rüstungswettlauf
- Eine ökologische Katastrophe
- Die Folgen der Migration. Demographische Unterschiede globalen Ausmaßes.
- Die Klimaveränderung, gleich ob natürlich oder von Menschen beeinflußt.
- Der Zerfall überlieferter Moral. Kriminalität und Terror ereignen sich nicht nur, sie werden als Widerstand moralisch gerechtfertigt.
- Freiheit als Selbstbestimmung, Demokratie und Rechtsstaat gelten infolgedessen als gefährdet.
- Die sozialen und psychologischen Folgen der Globalisierung, Digitalisierung und Informationstechnologie sind noch nicht abzusehen, erfordern aber Zurückhaltung bei der unvermeidbaren Weiterentwicklung, um negative Reaktionen zu vermeiden.
- Weltpolitische Wandlungen. Die gespannte globale Großwetterlage, neuer Ost-West-Konflikt, innenpolitische Unsicherheiten der bisherigen Hegemonialmacht USA, Nahost- Konflikt, Wandel Ostasiens (China, Nord-Korea), innere Labilität der EU.

Ob ein moderner Konservativismus imstande sein wird, diese Epochen-Probleme zu lösen, muß offenbleiben. Darin liegt das Dilemma der wi-

derspruchsvollen Übergangsperiode in der wir leben und deren Probleme wir zu bewältigen haben.

Wenn die AfD als ein Akteur dieser Entwicklung gesehen wird, bleibt als Ergebnis: Die AfD ist sowohl Produkt dieses Zeitgeistes als auch aktiver Förderer des Wandels. Über wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit kann sie das Werden einer neuen Moderne beeinflussen. Da diese Vorgänge trotz langer Vorgeschichte erst am Anfang stehen, sind präzise Prognosen noch nicht möglich. Es muß vorerst beim Versuch der Situationsanalyse und der Entwicklung von Lösungskonzepten bleiben.

5. Welche Fehlentwicklungen sind möglich?

Die etablierten Parteien versuchen mit allen Mitteln die AfD zu delegitimieren. Dazu dient des bewährte Kampfmittel der „Faschismus-Keule". Es wird versucht, Denkweisen, Äußerungen und Vorhaben als „faschistisch", als NS-nahe zu bezeichnen. Diese Methode hat sich seit Jahrzehnten als wirksam erwiesen, weil nach dem katastrophalen Ende der nationalsozialistischen Herrschaft kein Überlebender als „nazistisch", als Teil des absoluten Bösen, gelten möchte. Der Vorwurf alleine versetzt die Adressaten in eine Defensiv-Position. Damit ist jeder Adressat geschwächt, in seiner Aktivität gebremst. Ein defensives Zurückweichen verstärkt die Schwäche des Angegriffenen. Gerade weil sich die „Faschismus-Keule" als wirksames Erpressungsmittel erwiesen hat, wird sie ungehemmt weiter verwendet. Allerdings haben die Wahlen des Jahres 2017 eine weitgehende Immunisierung der AfD-nahen Wählerschichten erwiesen. Immerhin zeigt eine Reihe von Beispielen die Neigung der AfD-Führung, Äußerungen, die propagandistisch gegen die Partei benutzt werden könnten, zu vermeiden. Der Fall des thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke, der in einer Rede am 17. Januar 2017 das Berliner Denkmal der Juden-Verfolgung als Denkmal der Schande bezeichnet hatte, löste eine lange innerparteiliche Auseinandersetzung über einen Ausschluß Höckes aus. Es gab im Jahre 2017 mehrere andere Versuche, Mitglieder wegen unerwünschter rechter Tendenzen zu disziplinieren. Es kam auch zu Austritten aus der AfD. Der öffentlichkeitswirksamste Fall ist der Austritt der (bisherigen) Parteivorsitzenden

Frauke Petry nach der für sie persönlich erfolgreichen Bundestagswahl vom 24. September 2017. Auch in Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern kam es zu Austritten aus den Landtagsfraktionen. Der Parteiführung ging es offenbar darum, das Ansehen der Partei bei gutbürgerlichen Wählern zu sichern. Insgesamt haben aber diese Angriffe wenig Erfolg bei Wählern und Mitgliedern gehabt. Auch Meldungen über innere Spannungen, die bis zur Vermutung von bevorstehenden Spaltungen führten, erwiesen sich als gegnerische Spekulation.

Innere Auseinandersetzungen, Flügelbildungen, das Entstehen von speziellen Interessengruppen und „Plattformen" gibt es wohl ausnahmslos bei allen Parteien. Ein Unterschied ist allenfalls hinsichtlich der Heftigkeit des Auftretens gegeben. Unterschiedliche Interessen sind bei Zusammenschlüssen von Individuen naturgegeben. Schädlich wirken sie sich nur aus, wenn keine Einigung durch Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen zustandekommt. Dann wären Spaltung und eventuell Auflösung des Gesamtverbandes die Folge. Es wird abzuwarten sein, ob es in der AfD zu einer programmatischen Stabilisierung kommt, die es ermöglicht, unterschiedliche Positionen zu tolerieren, ohne die Einheit der Partei zu gefährden. Die äußeren Angriffe unter Benutzung der „Faschismus-Keule" haben sich als Mittel von begrenzter Wirkung erwiesen.

6. Deutschlands historische Vorbelastungen.

Was heißt „historische Vorbelastungen"? Dieses Wort wird dem Politikwissenschaftler und Pluralismustheoretiker Ernst Fraenkel (1898-1975) zugeschrieben, der an der Freien Universität Berlin tätig gewesen ist. Es besagt, daß die 1945-1949 in Deutschland – wegen der Teilung zunächst in Westdeutschland – eingeführte Demokratie unter erheblichen Traditionsbrüchen zu leiden hatte. War doch eine totalitäre, ideologisch motivierte Diktatur des Nationalsozialismus vorausgegangen. Diese Herrschaft habe sich aus deutschen Traditionen entwickelt, sei also nicht plötzlich aus der Niederlage von 1918 entstanden. Ein nach 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone tätiger kommunistischer Intellektueller, Alexander Abusch, zeitweilig DDR-Kulturminister, legte 1947 ein

in der Emigration geschriebenes Buch vor: „Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte“ (Berlin, Aufbauverlag 1947). Vom christlichen Mittelalter, über Luther, Preußen im 18. und 19. Jahrhundert wird die deutsche Geschichte aufgrund ihrer autoritären Basis als Vorgeschichte des Nationalsozialismus dargestellt. Wenn 1918 und nach dem Scheitern der Weimarer Republik 1945/49 wieder eine demokratisches System etabliert wurde, dann stellt das nach Meinung vieler Nachkriegsautoren einen Bruch mit autoritären Traditionen der deutschen Geschichte dar, die sich der neuen demokratischen Ordnung belastend entgegenstellten. Dieses Geschichtsbild veranlaßte viele, nicht nur die Kommunisten, zu einer heftigen Ablehnung aller Erscheinungen, die wirklich oder vermeintlich in der Tradition dieses sog. „Irrweges“ standen. Darunter waren alle deutschnationalen, konservativen, ja, sogar bürgerliche Äußerungen zu verstehen. „Nie wieder Faschismus und Krieg!“ lautete ein bald nach 1945 aufgekommenes Schlagwort, mit dem insbesondere von linker Seite, von Kommunisten, aber auch von der Sozialdemokratie, der Sozialismus als Schutzwall gegen eine rechte, „faschistische“ Restauration dargestellt wurde. Insgesamt hat es in Westdeutschland, der Bundesrepublik Deutschland, fünf rechte „Wellen“ gegeben:

1. Die Sozialistische Reichspartei, 1949-1952. Sie hatte parlamentarische Teilerfolge, durch eine Vertretung im ersten Deutschen Bundestag (1949) und in den Landesparlamenten von Niedersachsen und Bremen (1951). Diese Partei wurde 1952 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt und damit aufgelöst.
2. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) hatte von 1965 bis 1969 bei sämtlichen Landtagswahlen Erfolge. Bei der Bundestagswahl 1969 scheiterte sie an der 5%-Hürde und verlor in den folgenden Jahren ihren politischen Einfluß.
3. Mitte der siebziger Jahre kam eine kurze, bis in die CDU reichende national-neutralistische Welle auf, die bald wieder abflaute.
4. Die Partei „Die Republikaner“ (REP) hatte Ende der achtziger Jahre bis etwa 2000 bei Landtags- und Europawahlen einige Erfolge, die aber ebenfalls bald endeten.
5. Im Jahre 2013 entstand die „Alternative für Deutschland“ (AfD), die in den folgenden Jahren bei allen Wahlen im Vergleich zu frü-

heren Erscheinungen aufsehenerregende Erfolge hatte. Im Bundestag (Wahl am 24. September 2017) wurde sie mit zunächst 95, später 92 Abgeordneten zur stärksten Oppositionspartei. Bei allen Landtagswahlen erzielte sie spektakuläre Erfolge, weil es ihr gelang, sogar die SPD und teilweise die CDU zu übertreffen.

Alle diese Parteien sollten nicht pauschal als Rechte, gar als Rechtsextreme betrachtet werden, weil sich im Laufe der Zeit die Existenzverhältnisse verändern. Die SRP (1949-1951) war tatsächlich eine Partei der „Ehemaligen", d. h., sie bestand aus früheren Nationalsozialisten. Das war schon bei den „Republikanern" um 1980 kaum mehr der Fall und trifft für die AfD überhaupt nicht mehr zu. Dennoch werden von den Antifa-Propagandisten alle Parteien dieser fünf Wellen unterschiedslos mit der „Faschismus-Keule" bekämpft. Auch wenn Parteien wie die CDU und die FDP sich nicht ausdrücklich auf den Kommunisten Alexander Abusch und seine These vom „Irrweg einer Nation", aus dem nur der Sozialismus einen Ausweg bieten könne, berufen – in der Sache benutzen auch sie eine undifferenzierte Antifa-Kampfvokabel mit dem Ziel der Distanzierung von nationalstaatlichen Geschichts-Traditionen ganz im Sinne Abuschs, allerdings ohne dessen Sozialismusforderung zu übernehmen. Insofern hat auch die AfD gegen die „historischen Vorbelastungen" Deutschlands zu kämpfen. Hauptmotiv der Selbstbehauptung sollte für die AfD der Kampf gegen die undifferenzierten Faschismusvorwürfe sein.

Den Benutzern der „Faschismus-Keule" sollte durch den Hinweis entgegengetreten werden, daß der Antifaschismus eine säkularisierte Wahnvorstellung ist. Was im Mittelalter Teufelsglaube und Hexenwahn waren, das ist heute in säkularisierter Form der „Faschismus" mit Hitler als dem Satansersatz, das absolute Böse. So wie im Mittelalter der Name des Teufels nicht ausgesprochen werden durfte, weil er sonst erschien, ist es beim sog. „Faschismus" ein Zeichen von Wiederkehr, wenn Hitler als der „Führer" bezeichnet oder auch nur sein Name ausgesprochen wird, statt ihn als „Verbrecher" zu bezeichnen. Golo Mann hat in einer Buchveröffentlichung nur „AH" erwähnt, um den Namen nicht ausschreiben zu müssen. Sinn und Zweck? Eine Wahnvorstellung! Purer Wahnsinn? Immerhin hat die Psychologie seit dem Mittelalter ei-

nige Erkenntnisse geliefert, die psychisches Verhalten kritisch einschätzen können und eine naive Gespenstergläubigkeit vermeiden. So erklärt sich der Zweck, das absolute Böse zu bestimmen: Es geht in Wirklichkeit um Machtstreben. Wer sich als der moralisch Gute und sein Tun als Streben zur Überwindung des Bösen instrumentalisiert, benutzt die Moral als Vorwand zur Rechtfertigung und Triebkraft für politische Hegemonie. Diese Methode erweist sich als wirksame Maßnahme, den Gegner in die Defensive zu drängen. Niemand möchte Vertreter des Bösen, des Teufels oder – heute – des „Faschismus" sein. Diese Verdächtigung, die im Mittelalter zum physischen Tod auf dem Scheiterhaufen, heute aber zur sozioökonomischen Ausgrenzung, zur Existenzvernichtung, führen kann, wird immer wieder angewendet, weil sie sich als wirksame Waffe erweist. Der Angegriffene fühlt sich wegen moralischer Abqualifizierung mit unabsehbaren Folgen zur Defensive veranlaßt. Damit befindet er sich von vorneherein in einer Position der Schwäche. Richtig wäre es, mit aller Heftigkeit zum Gegenangriff zu schreiten, um dem Angreifer die angemaßte moralische Qualifikation zu nehmen. Das wäre im Mittelalter wegen der religiösen Einbindung schwer möglich gewesen. Heute, in säkularen Zeiten, ist die Verwendung der „Faschismus-Keule" als eine sachlich nicht qualifizierte Interessenpolitik zu entlarven. Also nicht schwächliche Entschuldigungen und Versicherungen des antifaschistischen Wohlverhaltens sind die richtige Reaktion. In manchen Fällen kann ein gerichtliches Vorgehen hilfreich sein. Obwohl die Justiz kein Allheilmittel ist, kann sie in manchen Fällen wegen ihrer Allgemeinverbindlichkeit helfen.

7. Was die AfD erreichen kann. Realistische Erwartungen.

Was kann die AfD bewirken, wenn es ihr gelingt, sich gegen die Vernichtungsversuche ihrer Konkurrenten durchzusetzen? Sie erstrebt keine Weltrevolution, keinen gesellschaftlichen Umsturz, keine säkulare Erlösung durch neue Ideologien. Aber sie tritt für eine umfassende politische, gesellschaftliche, historische und psychische Neuorientierung ein. Sie sollte gegen Antifahetze, innenpolitische Feindbilder und Deutschfeindlichkeit kämpfen.

Die heutige Menschheit lebt in einer Epoche des technologischen Wandels, der künstlichen Intelligenz, der Entwicklung von Robotern in globalem Maßstab. Alle Menschen sind davon berührt, sei es aktiv oder passiv, denn es drohen auch negative psychosoziale Folgen, nämlich Orientierungslosigkeit, Bewußtseinsveränderungen, Unsicherheit, im sozioökonomischen und geistig-kulturellen Bereich. Positiv ist: Es wachsen die Chancen eines modernen Konservativismus, der den Wandel akzeptiert, aber auf der Basis von richtungweisenden Traditionen. Er sollte flexibel sein, d. h. nicht starr auf ideologische Dogmen festgelegt. Er betont nationale Eingrenzungen, weil kleine Einheiten strukturell übersichtlich sind, und gemeinsame Sprache, Kultur, Geschichte und Traditionen eine Standpunktorientierung und Sicherheit verleihen. Großgebiete wie die EU oder gar eine fiktive „Weltgemeinschaft" der „Menschheit" könnten das wegen ihrer Unpersönlichkeit nicht leisten. Nationale Abgrenzungen haben nichts mit Imperialismus oder politischer Hegemonie zu tun, wie in der Vergangenheit, sondern sie sollen Orientierung und psychische Stabilität gewähren. „Small is beautiful". Ein Fehler der Linken war ihr Streben nach Weltbeglückung einer emanzipierten Menschheit. Alles war bei ihnen Wunsch statt Wirklichkeit, Illusion statt Realität. Die Chance des modernen Konservativismus liegt in der nüchternen Begrenzung auf das Machbare, Mögliche.

Allerdings: Bisher fehlte eine Voraussetzung, nämlich der Rückhalt in einer durchsetzungsfähigen Organisation. Die gibt es nun in der AfD. Ist das wirklich so? Handelt es sich doch um eine zerstrittene Partei, die der eigene Vorsitzende als einen „gärenden Haufen" bezeichnete.

Was die AfD heute erreichen kann, ist nicht die Erlösung der Menschheit von Zwängen der Natur und der Gesellschaft, nicht die Weltrevolution mit dem Ziel der Schaffung einer Idealgesellschaft. Sondern es geht trotz des verwirrenden Wandels um die Sicherung einer lebenswerten Existenz ohne Katastrophen, um die Sicherung der Grundversorgung mit Nahrung, Wohnung und rechtlich gesicherter Ordnung.

An diese Anforderungen wird sich auch die AfD anpassen müssen. Es geht also darum, selbstgesetzte, begrenzte Ziele zu erreichen, keine Utopien. Es gibt eine Fülle von Alltagsproblemen, deren Lösung den

meisten Menschen nähersteht als die Erörterung von Globalproblemen. Gebiete, die regelungsbedürftig sind, Kleinprobleme, die aber machbar sind, könnten sein: soziale und ökonomische Sicherung (Wohnungsbau, Armutsbekämpfung, Sicherung des Wohlstandes und der Rechtssicherheit). Es gibt bereits Anzeichen, daß die AfD die SPD aus diesen Tätigkeitsfeldern verdrängt.

Das Vorgehen der AfD sollte flexibel sein. Das bedeutet, sich geschickt in einer Situation ständigen Wandels offen für Neues anzupassen, ohne opportunistisch zu sein. Lösungen sollten nicht für den Augenblick, sondern „nachhaltig", d.h. für längere Zeit geplant werden.
Wir leben in einer Inkubationszeit. Neues entsteht, Altes verliert seine prägende, verhaltensbestimmende Wirkung. Die Konturen des Neuen sind noch unscharf, ob gut oder böse, nützlich oder schädlich, bleibt offen. Wenn gesagt wird, unsere Zeit sei eine Epoche des Wandels, so ist zu berücksichtigen, daß jede Generation glaubt, am Ende einer Entwicklung zu existieren. In der Tat: Wandel ist natürlich und findet immer in der Generationenabfolge statt. Stillstand wäre tödlich durch Erstarrung. Aber es gibt Phasen der soziokulturellen Evolution, die mehr oder weniger schnell ablaufen. Es hat in der Menschheitsgeschichte mehrere große Umwälzungen gegeben:

1. In vorgeschichtlicher Zeit den Wandel von der Jäger- und Sammlerkultur zur seßhaften Ackerbauern.
2. Im 18. bis 20. Jahrhundert den Wandel der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft, verbunden mit dem Wandel der Ständegesellschaft zur Klassengesellschaft.
3. Die gegenwärtige technologische Revolution, die gekennzeichnet ist von Digitalisierung und Globalisierung, von der Informationstechnologie und der Robotertechnik mit ihren unabsehbaren sozialen und psychischen Wirkungen. Alles, was wir zur Zeit tun können, ist, die Situation zu analysieren, um Entwicklungen zu verhindern, die sich negativ auswirken könnten. Ob die Intelligenz der Gattung homo sapiens ausreicht, diese Aufgaben zu bewältigen, muß offenbleiben. Der Versuch ist überlebensnotwendig.

Der Autor

Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter stammt aus Stralsund, wo er 1934 geboren wurde. Dort lebte er, bis die politischen Verhältnisse der DDR die Familie zur Flucht nach West-Berlin zwangen. Die negativen Erlebnisse unter der Herrschaft des „Real-Sozialismus“ haben ihn in allgemein menschlicher und politischer Hinsicht stark geprägt. Nach dem Abitur 1954 studierte er Geschichte und Soziologie an der Freien Universität Berlin. Im Jahre 1960 Promotion und 1971 Habilitation an der Universität Bonn, dort von 1972 bis 1996 Professor für Politische Wissenschaft.

Hauptarbeitsgebiete: Zeitgeschichte, Ideengeschichte, politischer Extremismus, insbesondere des linken Spektrums.

Zeitweilig Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der Bundeszentrale für politische Bildung (1985-1989) und Gastreferent an der Schule des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Heimerzheim bei Bonn.

Hauptveröffentlichungen:
Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Bonn 1961, 2. Aufl. 1962. Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918-1933. Düsseldorf 1971. Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken. Frankfurt/Berlin 1993, 2. Aufl. 1994. Neubearbeitung unter dem Titel: Die Faschismuskeule. Herrschaftsinstrument der Linken. Schnellroda 2018. (Herausg. Erik Lehnert)

Herausgeber:
Mit Stefan Winckler: Handbuch des Linksextremismus. Die unterschätzte Gefahr. Graz 2002
Mit Stefan Winckler: Der Verfassungsschutz. Auf der Suche nach dem verlorenen Feind. München 2000.
Mit Josef Schüßlburner: Was der Verfassungsschutz verschweigt. Bausteine für einen alternativen Verfassungsschutzbericht. Schnellroda 2007.

Insgesamt 472 Veröffentlichungen, darunter mehrere Artikel und Broschüren der DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V..

Literaturverzeichnis

Hier wird nur die für diese Broschüre benutzte Literatur angegeben. Seriöse Veröffentlichungen über die AfD sind kaum vorhanden.

Alexander Abusch: Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte. Berlin: Aufbauverlag 1947. (Geschichtspolitische Interpretation der deutschen Neuzeitgeschichte durch einen Kommunisten, den späteren Kulturminister der DDR).

Justus Bender und Monika Jäger: Hoch die nationale Solidarität. In: FAZ 31.01.2018, S. 3 (Gewerkschaftsbindungen der AfD).

Hans-Helmuth Knütter: Die Faschismuskeule. Herrschaftsinstrument der Linken. Schnellroda 2018 (Berliner Schriften zur Ideologiekunde 6) (Neubearbeitung der Erstausgabe von 1993).

Ders.: Die Linken. Gebrochen, zerbrochen, zerfallen. Herausgegeben von den Deutschen Konservativen, Hamburg 2018.

Renate Köcher (Institut für Demoskopie, Allensbach): Die AfD – Außenseiter mit Rückhalt. In: FAZ 20.10.2016.

Karl Mannheim: Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus. Leiden 1935 (Spätere Neuauflagen). (Bedeutend für die Wandlungen des „Zeitgeistes“).

Philipp Plickert: Neue Parteien haben es in Deutschland schwer. In FAZ 30.12.2014, S. 20.

WZB-Mitteilungen (Berlin) (Vier Aufsätze) Heft 156, Juni 2017. (Zeitschrift des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung).

Kleine Selbstdarstellung des Herausgebers

1980 wurde die „Bürgeraktion Demokraten für Strauß“ gegründet, um Franz Josef Strauß bei seiner Kandidatur zum Bundeskanzler zu unterstützen. Initiatoren waren u. a. der Verleger Axel Springer, ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal, Olympia-Siegerin Jutta Heine, Schachgroßmeister Luděk Pachmann und der ehemalige Redaktionsleiter der BILD-Zeitung in Bremen, Joachim Siegerist.

Die Geschäftsführung übernahm Peter Helmes, zuvor langjähriger Bundesgeschäftsführer der Jungen Union Deutschlands. Der „Bürgeraktion Demokraten für Strauß“ gelang es, insbesondere auch außerhalb Bayerns, eine große Wählerschaft für Franz Josef Strauß zu mobilisieren.

Nach der Wahl galt es, die gewonnenen Freunde zusammenzuhalten und für die konservativen Werte in Gesellschaft und Politik weiterzukämpfen.

Deshalb gründeten Ende des Jahres 1980 Gerhard Löwenthal, Luděk Pachmann, Strauß-Anwalt Dr. Ossmann, Joachim Siegerist, Peter Helmes u. a. die „Konservative Aktion e.V.“, aus der 1985 die Deutschen Konservativen e.V. entstanden.

Die Konservative Aktion e.V. schoß in den Achtzigern ein ganzes Feuerwerk politischer Aktionen ab. So wurde 1983 in der Bernauer Straße in Berlin das erste Loch in die Mauer geschlagen. An jedem 13. August und 17. Juni ging die Konservative Aktion nach Berlin oder an die Zonengrenze. An Tausenden von Luftballons ließ sie Flugblätter gegen die SED-Machthaber in die „DDR“ fliegen. Die „DDR“-Armee versuchte, mit Hubschraubern die Flugblätter abzudrängen.

Als Gegengewicht zu den wütenden antiamerikanischen Aktionen der Linken startete die Konservative Aktion bewußt pro-amerikanische Veranstaltungen. Der damalige US-Präsident Reagan, zu dem Joachim Siegerist enge Kontakte hatte, dankte es dem Verband mit einem persönlichen Schreiben.

Auch nach dem Fall der Mauer sprachen sich die Deutschen Konservativen öffentlich gegen jegliche Regierungsbeteiligung der SED-Nachfolgepartei PDS aus (seit 1998 bzw. 2001 in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin Koalition mit der SPD, seit 2015 auch in Thüringen). Sie warfen den Sozialisten vor, ihre Anhängerschaft sei noch immer dieselbe wie zu „DDR"-Zeiten, als die SED Staatspartei war, und hätten diese alten Überzeugungen noch nicht abgelegt.

Die Deutschen Konservativen kämpfen ebenso unnachgiebig gegen den Sozialismus, weil dieser menschenverachtend ist und die Freiheit jedes Bürgers beschneidet. Dabei verweisen sie insbesondere auf die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus und der sowjetisch dominierten sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas.

Auf einer ihrer Demonstrationsveranstaltungen gegen eine Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin sprachen in diesem Zusammenhang auch Vertreter der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus" und der „Vereinigung 17. Juni 1953 e.V.", um die Partei an ihre historische Verantwortung zu erinnern.

Heute sind DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V. unbestreitbar die wohl bedeutendste demokratische, konservative Bewegung in Deutschland. Mit mehr als 40.000 Anhängern besteht sie den täglichen Kampf gegen die Linken und die linken Medien.

Die AfD hat sich trotz innerer Spannungen und ausgrenzender Hetzpropaganda erfolgreich durchgesetzt. Ihr Einfluß auf die staatlichen Institutionen ist zwar noch gering, aber dennoch nicht wirkungslos. Sie hat bei den etablierten Parteien die Furcht vor Wahlverlusten geweckt und besonders in der Migrationspolitik Maßnahmen angestoßen, welche die Etablierten ohne diesen Druck wahrscheinlich nicht eingeleitet hätten.
Eine sachliche Betrachtung soll die Chancen der Neugründung, der mehrere mißlungene Versuche vorangingen, aufklären.

Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter